

Beck-Regierung missachtet Kirchenasyl

MdB Alexander Ulrich:

Abschiebung der Familie Yildirim - ein politischer Skandal

02. November 2006

Obwohl der Beschluss des Amtsgerichtes Koblenz zur Durchsetzung der Abschiebung der Familie Yildirim lediglich die Räume des Pfarrhauses und des Jugendheims der Gemeinde St. Peter in Koblenz-Neuendorf umfasste, ist die Polizei gewaltsam in die Kirchenräume von St. Peter eingedrungen. Dort hatte die fünfköpfige Familie Yildirim offizielles Kirchenasyl gefunden, das nach kirchlichem Recht als unantastbar gilt und bisher auch von deutschen Behörden respektiert wurde.

Trotz Protestes der kirchlichen Vertreter und zahlreicher Demonstranten wurden die drei minderjährigen Kinder und ihre Eltern mit Polizeigewalt in das bereitstehende Polizeifahrzeug verfrachtet und noch am gleichen Tag vom Flughafen Frankfurt aus in die Türkei abgeschoben.

Dazu erklärt der Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion, Alexander Ulrich: "Die Abschiebung der Familie Yildirim weitet sich immer mehr zu einem handfesten politischen Skandal aus. Ohne Rechtsgrundlage ist die Koblenzer Polizei in die St. Peter Kirche in Koblenz eingedrungen. Zudem wurde das bisher respektierte kirchliche Asyl missachtet und somit außer Kraft gesetzt.

Da Ministerpräsident Kurt Beck auf Grund zahlreicher Briefe, Petitionen und Bittgesuche über den Fall Yildirim und die letzte Zuflucht Kirchasyl persönlich bestens informiert war, trägt er die politische Verantwortung für die skandalösen Vorgänge in Koblenz. Ich unterstütze deshalb ausdrücklich den Protestbrief von Dechant Eugen Vogt, der dem rheinlandpfälzischen Ministerpräsidenten heute zugestellt wurde. Ich protestiere zudem auf das Schärfste gegen Beamtenwillkür und Gesetzesmissbrauch, die offensichtlich in Rheinland-Pfalz von höchster Stelle gedeckt werden.

Der rheinlandpfälzische Landtag muss deshalb einen Untersuchungsausschuss einsetzen und die politische und persönliche Verantwortung für den gesetzeswidrigen Zugriff aufklären. Ungeachtet dessen bin ich zutiefst betroffen von der Art und Weise, wie hier Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden. Es ist allen beteiligten bekannt, dass die Familie Yildirim und insbesondere Herr Yildirim als kurdischer Kriegsdienstverweigerer scharfen Repressionen und möglicherweise auch der Folter ausgesetzt sein wird.

Wer in Kenntnis der lebensbedrohenden Situation für die betroffene Familie trotzdem restriktiv und rücksichtslos deren Abschiebung durchsetzt, tritt Menschenrechte und rechtsstaatliche Grundsätze mit Füßen.